

<b>Bildung:</b>	
Der Schlüssel zum Hörsaal – ein Erbstück	2
<b>Hartz IV: Ein Zuschlag für arme Kinder</b>	3
<b>Finanzmarkt:</b>	
Shareholder Value behindert Wachstum	4
<b>Mindestlöhne: Der Osten holt auf</b>	6
<b>Kurz gemeldet</b>	6
<b>Arbeitsrecht: Entlassungen für höhere Profite – Die Mehrheit findet das ungerecht</b>	7
<b>TrendTableau</b>	8

## KONJUNKTUR

# Zinssenkung gegen den Abschwung

**Hoher Ölpreis, schwächere Weltkonjunktur, Finanzmarktkrise und Dollarkurs – 2008 bringt große Risiken für die Wirtschaftsentwicklung. Die Impulse der deutschen Finanzpolitik verpuffen, die Europäische Zentralbank ist gefordert.**

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Preissteigerung angetrieben und die Binnennachfrage in Deutschland geschwächt. Nur die starke internationale Nachfrage nach deutschen Produkten hat verhindert, dass der Aufschwung schweren Schaden nahm. Doch die „übermäßig tiefen Brems Spuren beim privaten Verbrauch“ wirken nach, schreibt das IMK in seiner aktuellen Konjunkturprognose.

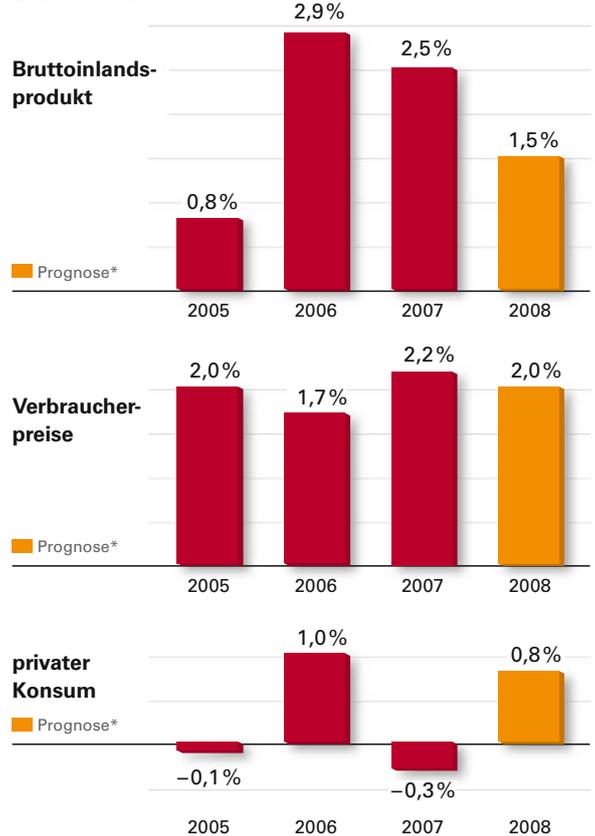
Im neuen Jahr geht der Druck auf den Konsum zwar etwas zurück: Die Effekte der Mehrwertsteuererhöhung laufen aus, die Lohnnebenkosten werden gesenkt und die Renten etwas erhöht. Positiv wirkt auch, dass ältere Arbeitslose länger Arbeitslosengeld I beziehen, so die Ökonomen. Hinzu kommt die Unternehmensteuerreform. Allerdings setzt die Bundesregierung damit auf ein wenig effektives Instrument, warnen die Wissenschaftler: „Da das Gros der Impulse über die konjunkturell wenig wirksame Senkung der Unternehmensteuer erzeugt wird, ist kaum mit nennenswerten Nachfrageeffekten zu rechnen.“ Viel mehr ließe sich erreichen, wenn die öffentlichen Investitionen weiter gestärkt würden – vor allem in die Bildung.

Um so wichtiger ist nach der IMK-Analyse eine kluge Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Notenbank sei zwar auf den ersten Blick in einer schwierigen Situation, weil die Wachstumsrisiken zeitgleich mit einer relativ hohen Inflationsrate auftreten. Allerdings werden die aktuellen Preisschübe auslaufen, prognostizieren die Wissenschaftler. Zum Jahresende 2008 werde die Teuerung wieder klar unter dem Inflationsziel der EZB liegen und im Jahresdurchschnitt zwei Prozent betragen. Nirgendwo im Euro-Raum seien derzeit Anzeichen für so genannte Lohn-Preis-Spiralen zu entdecken, bei denen sich Lohnsteigerungen und Inflation gegenseitig aufschaukeln würden. Das bestätigen – entgegen Äußerungen von Zentralbank-Chef Jean-Claude Trichet – auch der EZB-Stab, der Sachverständigenrat und die führenden Konjunkturforschungsinstitute.

Unter diesen Umständen kann die Notenbank die Unterstützung der Konjunktur ins Zentrum ihrer geldpolitischen

## Konjunktur: Trend nach unten

Im Vergleich zum Vorjahr verändern sich in Deutschland...



\* Der Prognose liegen u.a. folgende Annahmen zugrunde: ein Wechselkurs von 1,37 US-Dollar pro Euro für 2007 und 1,50 US-Dollar für 2008, sowie ein Ölpreis von 73 US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent für 2007 und 95 US-Dollar für 2008.  
Quelle: Statistisches Bundesamt 2008; IMK, Dezember 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Entscheidungen stellen, betonen die Wissenschaftler des IMK. Sinnvoll seien Devisenmarktinterventionen, um die Aufwertung des Dollar zu bremsen, und Senkungen des Leitzinses. ◀

\* Quelle: Der Abschwung kommt. Konjunkturprognose des IMK für 2008, IMK Report Nr. 25 Dezember 2007  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Der Schlüssel zum Hörsaal – ein Erbstück

Das Elternhaus spielt nach wie vor die zentrale Rolle für die Bildungschancen junger Erwachsener. Akademikerkinder schaffen es deutlich häufiger an die Hochschulen – und der Beitrag der Eltern zur Finanzierung des Studiums steigt.

Die deutschen Schulen fördern Kinder aus den unterschiedlichen Schichten nicht im gleichen Maße. Eine Spätfolge davon zeigt sich an den Hochschulen: Kinder von Beamten und Selbstständigen haben deutlich bessere Chancen auf ein Studium als Arbeiterkinder. Es gibt „enorme soziale Disparitäten“ beim Studienzugang, stellt Professor André Wolter von der Technischen Universität Dresden fest. Wolter und ein Forscherteam des Hochschul-Informations-Systems (HIS) haben die 18. Sozialerhebung für das Deutsche Studentenwerk und das Bundesbildungsministerium erstellt.\* Da die Daten im Sommer 2006 erhoben wurden, erlauben sie noch keine Aussage über die Effekte von Studiengebühren. Doch Wolter erwartet: „Die Studiengebühren treffen gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen besonders, die es zukünftig für die Hochschulen zu gewinnen gilt, wenn das politisch angestrebte Ziel realisiert werden soll, die Zahl der Studienanfänger und Absolventen zu vergrößern.“

Die Hochschulen ermöglichen immer seltener jungen Menschen einen Bildungsaufstieg, beobachtet der Bildungs-

forscher. Statt dessen sind die Hörsäle zu Orten geworden, an denen immer häufiger akademische Grade vererbt werden. Bei gut der Hälfte der Studierenden verfügt mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss. An den Universitäten fällt das mit 56 Prozent des akademischen Nachwuchses noch stärker aus als an Fachhochschulen mit 40 Prozent. Das Bildungsniveau der Eltern hat den größten Einfluss darauf, ob junge Erwachsene eine Hochschule besuchen, so Wolter. Der Unterschied in der Studierquote zwischen den Kindern von Akademikern und Nicht-Studierten fällt in der Statistik stärker aus als zwischen Ober- oder Unterschicht. Bei den Kindern von Beamten, Angestellten und Selbststän-

digen ist der Anteil der Studierenden weit mehr als doppelt so hoch, wenn der Vater ebenfalls eine Hochschule besucht hat. Nur 18 Prozent der 19- bis 24-Jährigen haben einen Vater, der selbst studiert hat – an den Hochschulen macht diese Gruppe aber 43 Prozent aus. Dagegen stammen zwei von fünf 19- bis 24-Jährigen aus einem Arbeiterhaushalt – aber nur einer von fünf Studienanfängern 2005.

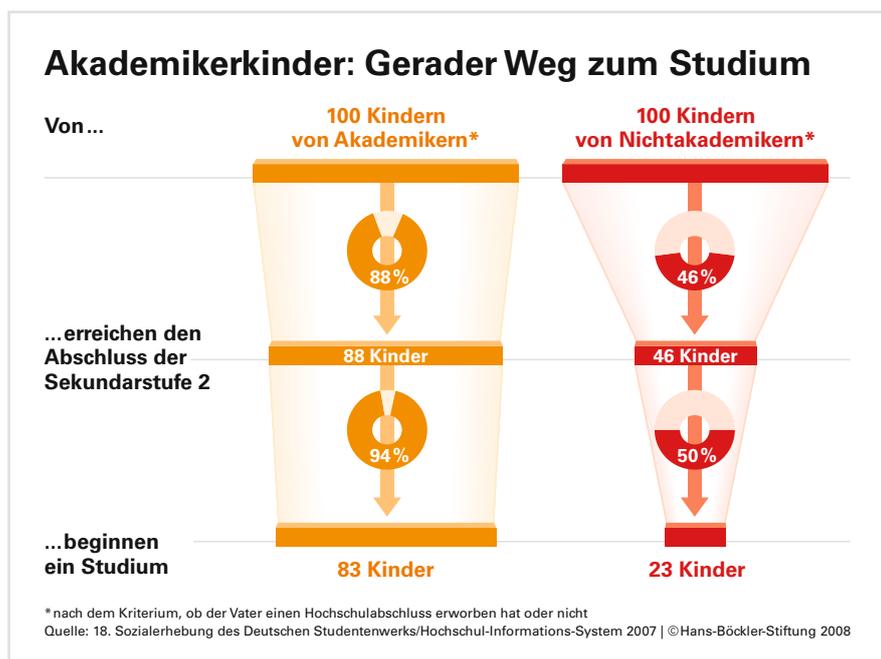
**Der finanzielle Beitrag der Eltern** für ihre studierenden Kinder wird wichtiger. Eltern helfen ihrem erwachsenen Nachwuchs nicht allein ideell – 1991 steuerten sie durchschnittlich 45 Prozent der Studentenbudgets bei; dieser Anteil wuchs bis 2006 auf 52 Prozent. Der Elternzuschuss schwankt nach sozialer Herkunft: Weniger wohlhabende Eltern können nicht mal ein Drittel der Lebenshaltungskosten ihrer Kinder aufbringen, besser Gestellte hingegen gut zwei Drittel. Entsprechend fächert sich auch das verfügbare Einkommen der Studierenden auf. Jeder Siebte kann monatlich über 1.000 Euro ausgeben, jeder Vierte muss dagegen mit weniger als 600 Euro zurechtkommen. Die finanzielle Situation von mindestens einem Viertel der Studierenden ist alles andere als rosig, resümiert Wolter. „Es handelt sich primär um solche Studierenden, die aus der unteren Herkunftsgruppe kommen, auf Förderung nach dem BAföG angewiesen sind, finanziell nicht von ihren Eltern unterstützt werden oder auf eine einzige Finanzierungsquelle angewiesen sind.“

Der akademische Nachwuchs kann sich jedoch immer weniger auf das BAföG verlassen: 1991 machte es noch 20 Prozent der Einnahmen aller Studenten aus, 2000 nur mehr 11 Prozent. Die BAföG-Reform 2001 hat bis 2006 wieder zu einem leichten Anstieg auf 14 Prozent geführt. Insgesamt haben fast 40 Prozent der Studierenden Zweifel, ob ihre Studienfinanzierung sicher ist, 18 Prozent schätzen ihre Finanzen sogar als prekär ein. Wer aber zu den BAföG-Empfängern zählt, weiß es zu schätzen: Vier von fünf sagen, ohne diese Unterstützung hätten sie nicht studieren können. BAföG-Empfänger gibt es zwar in allen sozialen Herkunftsgruppen, bei niedrigem Elterneinkommen wird die Rolle der öffentlichen Unterstützung aber besonders deutlich und auch wertgeschätzt. Wolter hebt die Bedeutung dieser Unterstützung hervor, weil sie auch Kindern aus sozial schwachen Familien die Chance auf ein Studium verleiht. ◀

Der akademische Nachwuchs kann sich jedoch immer weniger auf das BAföG verlassen: 1991 machte es noch 20 Prozent der Einnahmen aller Studenten aus, 2000 nur mehr 11 Prozent. Die BAföG-Reform 2001 hat bis 2006 wieder zu einem leichten Anstieg auf 14 Prozent geführt. Insgesamt haben fast 40 Prozent der Studierenden Zweifel, ob ihre Studienfinanzierung sicher ist, 18 Prozent schätzen ihre Finanzen sogar als prekär ein. Wer aber zu den BAföG-Empfängern zählt, weiß es zu schätzen: Vier von fünf sagen, ohne diese Unterstützung hätten sie nicht studieren können. BAföG-Empfänger gibt es zwar in allen sozialen Herkunftsgruppen, bei niedrigem Elterneinkommen wird die Rolle der öffentlichen Unterstützung aber besonders deutlich und auch wertgeschätzt. Wolter hebt die Bedeutung dieser Unterstützung hervor, weil sie auch Kindern aus sozial schwachen Familien die Chance auf ein Studium verleiht. ◀

se Unterstützung hätten sie nicht studieren können. BAföG-Empfänger gibt es zwar in allen sozialen Herkunftsgruppen, bei niedrigem Elterneinkommen wird die Rolle der öffentlichen Unterstützung aber besonders deutlich und auch wertgeschätzt. Wolter hebt die Bedeutung dieser Unterstützung hervor, weil sie auch Kindern aus sozial schwachen Familien die Chance auf ein Studium verleiht. ◀

\* Quellen: Wolfgang Isserstedt, Eike Middeldorff, Gregor Fabian, André Wolter: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006, 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn, Berlin 2007; André Wolter: Ressourcen des Studiums, in: HIS Magazin 3/2007  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)



forscher. Stattdessen sind die Hörsäle zu Orten geworden, an denen immer häufiger akademische Grade vererbt werden. Bei gut der Hälfte der Studierenden verfügt mindestens ein Elternteil über einen Hochschulabschluss. An den Universitäten fällt das mit 56 Prozent des akademischen Nachwuchses noch stärker aus als an Fachhochschulen mit 40 Prozent. Das Bildungsniveau der Eltern hat den größten Einfluss darauf, ob junge Erwachsene eine Hochschule besuchen, so Wolter. Der Unterschied in der Studierquote zwischen den Kindern von Akademikern und Nicht-Studierten fällt in der Statistik stärker aus als zwischen Ober- oder Unterschicht. Bei den Kindern von Beamten, Angestellten und Selbststän-

# Ein Zuschlag für arme Kinder

**Ein reformierter Kinderzuschlag könnte gut drei Millionen Kinder über die Armutsschwelle heben. Gerade Familien in verdeckter Armut, die trotz Bedürftigkeit kein Hartz IV beantragen, würde eine Neuregelung zugute kommen.**

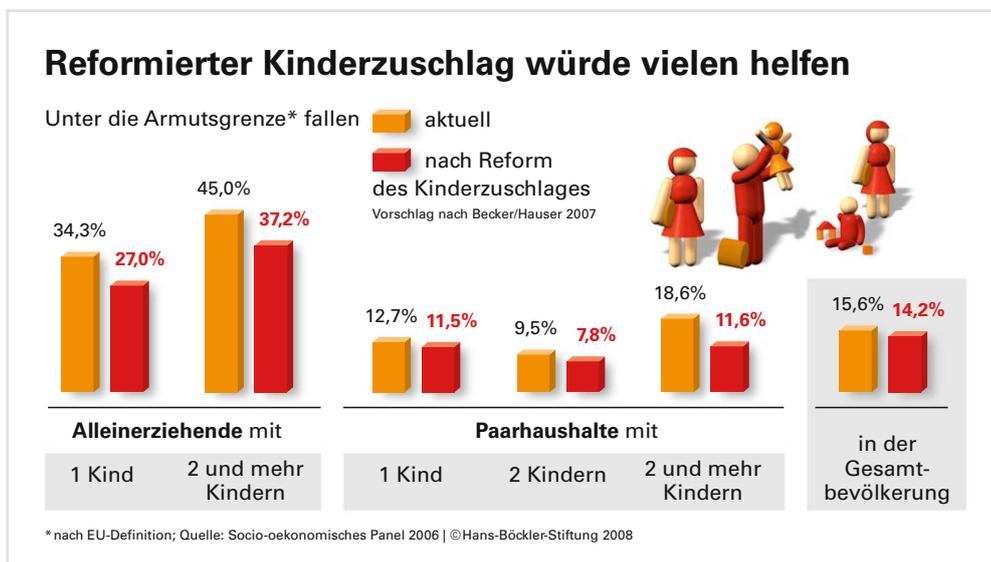
Wer von seinem Arbeitseinkommen zwar sich selbst, aber nicht mehr seine Kinder ernähren kann, soll nicht in den Hartz-IV-Bezug rutschen. Dafür gibt es den Kinderzuschlag von maximal 140 Euro pro Monat. Praktisch hat diese Sozialleistung jedoch kaum eine Bedeutung. Sie ist auf einen sehr kleinen Personenkreis zugeschnitten. Antrags- und Prüfungsverfahren sind kompliziert. So haben die Familienkassen nur zwölf Prozent der 2005 und 2006 bearbeiteten Anträge positiv beschieden. Im Ergebnis bekommen gerade einmal 90.000 Kinder den Zuschlag – ein Prozent aller Kindergeldberechtigten. Die Verteilungsforscher Irene Becker und Richard Hauser haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht, wo die Schwachstellen des 2005 eingeführten Instruments liegen.\* Ihre Verbesserungsvorschläge:

**Wer den Kinderzuschlag bekommen kann**, scheint auf den ersten Blick klar zu sein: Eltern, die gerade so viel verdienen, dass sie ohne Kinder keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hätten. Was simpel klingt, erfordert tatsächlich komplexe Berechnungen: Zunächst muss bestimmt werden, ob ein Hartz-IV-Anspruch bestünde, wenn der betroffene Elternteil kinderlos wäre – und deshalb zum Beispiel auch mit einer kleineren Wohnung auskommen könnte. Erst dann lassen sich Einkommensober- und Untergrenzen für den Kinderzuschlag ermitteln. Die Forscher sehen in diesem Verfahren einen „unverhältnismäßig hohen Aufwand“ und attestieren dem Kinderzuschlag „mangelnde Effizienz“ infolge einer ungünstigen Kosten-Nutzen-Relation.

**Die meisten abgelehnten Anträge** werden nicht von Eltern mit zu hohen, sondern von solchen mit zu niedrigen Einkommen gestellt. Sie können nach geltender Gesetzeslage Arbeitslosengeld II und Sozialgeld statt Kinderzuschlag beantragen. Im Jahr 2006 machte jedoch nur die Hälfte dieser Hartz-IV-berechtigten Familien von der Möglichkeit Gebrauch. Becker und Hauser zufolge „ein Indikator für eine hohe Dunkelziffer der Armut bei Kindern beziehungsweise Familien“.

Die Forscher haben ein Alternativkonzept entwickelt. Es soll die wesentlichen Konstruktionsfehler beheben und den Kinderzuschlag zum „Kindergeldzuschlag“ weiterentwickeln. Aus einer arbeitsmarktpolitischen Spezialregelung würde dann ein Bestandteil des allgemeinen Familienlastenausgleichs. Die Kernpunkte ihres Vorschlags:

- ▶ Erhöhung des maximalen Kinderzuschlags auf 150 Euro, so dass Kindergeld und Kindergeldzuschlag zusammen das sozialrechtliche Existenzminimum abdecken. Wegen ihres besonderen Bedarfs sollen Alleinerziehende darüber hinaus bis zu 100 Euro zusätzlich bekommen.
- ▶ Die Berechnung soll einfacher werden. Und wer Hartz IV beantragen könnte, aber aus Scham oder anderen Gründen nicht will, soll in Zukunft nicht mehr leer ausgehen. Deshalb sollen alle Eltern unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze, die sich ohne Hartz-IV-Leistungen durchschlagen, den vollen Zuschlag bekommen. Für Alleinerziehende schlagen die Autoren eine Einkommensgrenze von 860 und für Paare von 1.238 Euro vor.



▶ Wegfallen sollen außerdem die bislang existierende Höchstbezugsdauer von drei Jahren und die Vermögensanrechnung.

Mit Hilfe des Sozio-oekonomischen Panels 2006, einer repräsentativen Haushaltsstichprobe, haben die Verteilungsforscher die konkreten Auswirkungen ihres Reformvorschlages durchgerechnet. Ergebnis: Rund drei Millionen Kinder würden profitieren, darunter gut ein Drittel der Sprösslinge von Alleinerziehenden. Die Kinderarmutsquote könnte von 18 auf 14 Prozent sinken. Gleichzeitig würde die Zahl der arbeitenden Armen zurückgehen. Die Wissenschaftler taxieren die entstehenden Kosten auf etwa vier Milliarden Euro jährlich.

Becker und Hauser schreiben, ihr Reformvorschlag sei „lediglich als erster Schritt zu einer allgemeinen Grundsicherung für Kinder zu verstehen“. Sie hätten ihre Vorschläge so konzipiert, dass sie schnell umsetzbar seien. Langfristig sei eine systematische Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs nötig, die auch Widersprüche zwischen Steuer- und Sozialrecht durch ein einheitliches, der Einkommensteuer unterworfenen Kindergeld beseitigt. ◀

\* Quelle: Irene Becker, Richard Hauser: Vom Kinderzuschlag zum Kindergeldzuschlag: Ein Reformvorschlag zur Bekämpfung von Kinderarmut, Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, Dezember 2007  
 Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Shareholder Value behindert Wachstum

Zahlreiche Reformen im deutschen Finanzsektor sollten Unternehmen die Finanzierung von Investitionen erleichtern und damit mehr Wachstum bringen. Funktioniert hat das bisher nicht, zeigt eine Analyse des IMK.\*

Seit Beginn der 90er-Jahre bewirken immer neue Gesetze und Gesetzesänderungen eines: die Auflösung der „Deutschland AG“, also der engen Verflechtung von einheimischen Banken, Versicherungen und Industriekonzerne. Ziel war und ist, die Finanzierungsmöglichkeiten für deutsche Unternehmen zu verbessern. „Gesamtwirtschaftlich hätten diese Veränderungen zu einer Stärkung der realen Investitionstätigkeit und zu einer Verbesserung des mittelfristigen Wachstumstrends beitragen müssen“, schreiben IMK-Forscher Eckhard Hein und Till van Treeck. Dies sei jedoch bisher nicht erkennbar. Die Entwicklung im Einzelnen:

Nach einem kurzen Aufschwung am Ende der 90er brach die deutsche Wirtschaft im Zuge der weltweiten Flaute 2000

und Investitionen in beiden Ländern in etwa im Gleichschritt. Die Aktienkurse stiegen jedoch nur schwach.

**2. Gewinne wachsen stärker als Investitionen.** Seit den frühen 80ern haben sich die Aktienkurse der wichtigsten Unternehmen zu beiden Seiten des Atlantiks mehr als verzehnfacht. Zugleich entwickelten sich die Investitionen in beiden Ländern weitaus weniger dynamisch als die Gewinne. Unterbrechen konnte diese Auseinanderentwicklung in Deutschland nur der Vereinigungs-Boom Anfang der 90er, in den USA der New-Economy-Boom Ende der 90er-Jahre.

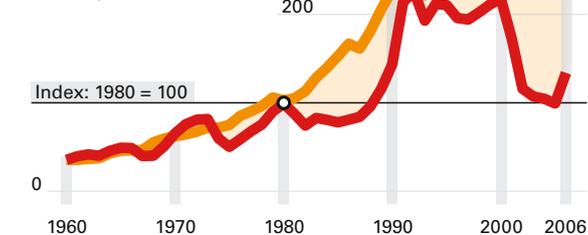
Es scheint also wenig dafür zu sprechen, dass die Finanzmarktliberalisierung in den USA dort zu einer besseren Investitionsentwicklung geführt hat, schreiben die Autoren. Auch

## USA und Deutschland im Sog des Finanzmarktes: Gewinne und Investitionen laufen auseinander

In Deutschland entwickelten sich die

**Gewinne**  
(Nettobetriebsüberschuss  
gesamte Volkswirtschaft)

**Investitionen  
der Unternehmen**  
(Nettofixkapitalbildung  
im privaten Sektor)

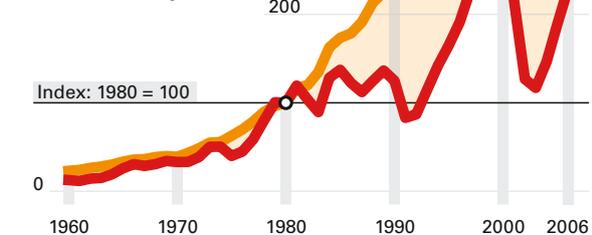


Quelle: AMECO, NIPA; Berechnungen des IMK 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

In den Vereinigten Staaten entwickelten sich die

**Gewinne**  
(Nettobetriebsüberschuss  
privater Unternehmen)

**Investitionen  
der Unternehmen**  
(private Nettoinvestitionen  
ohne Wohnungsbau)



und 2001 besonders stark ein und erholte sich danach nur sehr langsam. In so unterschiedlichen Ländern wie Großbritannien, Schweden und den USA zog die Konjunktur viel schneller wieder an. Hierzulande kam der Aufschwung erst 2006, nach fünf Jahren Stagnation. Jetzt bedrohen unter anderem die Finanzmarkturbulenzen in den USA die weitere Entwicklung.

Warum haben die Reformen am Kapitalmarkt nicht mehr Wachstum gebracht? Um das herauszufinden, verglichen die Ökonomen die deutsche Investitionsentwicklung mit der in den USA. Denn dort dominiert schon seit Beginn der 80er eine verstärkte Finanzmarktorientierung. Sowohl für die USA als auch für Deutschland unterscheiden die Autoren in Sachen Investitionsdynamik zwei Perioden:

**1. Gewinne und Investitionen laufen parallel.** In den frühen 60er- bis frühen 80er-Jahren entwickelten sich Gewinne

in Deutschland habe sich die Schere zwischen Investitionen und Gewinnen nach Einsetzen der Reformen in den 90ern eher noch weiter auseinanderentwickelt.

Die Erklärung: Lange Zeit gingen viele Wissenschaftler davon aus, dass eine stärkere Beachtung des Aktienkurses eines Unternehmens – die so genannte Shareholder-Value-Orientierung – Manager dazu bringe, das ihnen anvertraute Kapital möglichst effizient einzusetzen. Gesamtwirtschaftlich würde die Ersparnis produktiver verwendet. Es gäbe mehr Investitionen und mehr Wachstum. Eine Finanzmarktorientierung birgt jedoch auch Risiken. Denn wenn die Einkünfte von Unternehmenslenkern an den Aktienkurs gekoppelt sind, haben Manager ein Interesse daran, diesen kurzfristig in die Höhe zu treiben – zum Beispiel, indem sie Aktien zurückkaufen und damit das Angebot verknappen. Nun fehlt ihnen jedoch das Geld, um neue Maschinen und Anlagen zu kaufen. Die Pro-

duktionsmöglichkeiten und der technische Fortschritt des Unternehmens leiden. Langfristig verschlechtern sich also die Wachstumsaussichten. Im Extremfall kann es sogar dazu kommen, dass Bilanzen gefälscht werden – wie bei den US-Unternehmen World-Com und Enron.

Da Aktionäre sich bei ihren Anlageentscheidungen in der Regel an kurzfristigen Kennzahlen orientieren, tragen auch sie dazu bei, dass Manager langfristig wertsteigernde Investitionen unterlassen, wenn diese zunächst die Bilanzen belasten. Eine verstärkte Gewinnausschüttung, etwa über Dividendenzahlung, freut ebenfalls die Aktionäre, schmälert aber die Finanzierungsmöglichkeiten des Unternehmens.

**Auch frühere Befürworter des Shareholder-Value-Prinzips sehen inzwischen die Gefahren einer „obsessiven Kurzfristorientierung“**, stellen die IMK-Forscher fest. So warnt der US-Ökonom Alfred Rappaport, einer der Entwickler des Shareholder-Value-Ansatzes, inzwischen vor der „größtmöglichen Behinderung von guter Unternehmensführung und langfristiger Wertschöpfung“. Eine Reihe empirischer Arbeiten bestätigte solche negativen Einschätzungen.

Anders als in den USA lässt sich in Deutschland kein Anstieg der Gewinnausschüttungen feststellen. Bislang habe dieser Aspekt der Shareholder-Value-Orientierung die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen also nicht negativ beeinflusst, so Hein und van Treeck. Allerdings kaufen auch deutsche Unternehmen seit Ende der 90er zunehmend eigene Aktien zurück. Dies kann kurzfristig den Aktienkurs erhöhen, verringert aber auch die Finanzierungsmittel des Unternehmens. Gleichzeitig treten in beiden Staaten Industrieunternehmen vermehrt als Kreditgeber auf.

## Deregulierung des Finanzmarktes

### Meilensteine

**1990, 1994, 1998, 2002**

#### Finanzmarktförderungsgesetze

- Abschaffung der Börsenumsatzsteuer
- sukzessive Erweiterung der Anlagemöglichkeiten von Kapitalanlagegesellschaften

**1998**

#### Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich

- Legalisierung von Aktienrückkäufen

**2000**

#### Steuerreform

- Senkung der Körperschaftsteuer auf 25 %
- Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen

**2003**

#### Investmentmodernisierungsgesetz

- Absenkung des vorgeschriebenen Anfangskapitals für Investment-Fonds
- Zulassung von Hedge-Fonds

**2007**

#### Unternehmensteuerreform

- Senkung der Körperschaftsteuer auf 15 %
- Abgeltungsteuer (25 %)

**2007**

#### Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen

- Befreiung von Körperschaft- und Gewerbesteuer für REITs

**2007**

#### Investmentänderungsgesetz

- Aufhebung/ Vereinfachung von Informationspflichten, Erweiterung der Anlagemöglichkeiten von Kapitalanlagegesellschaften
- weitere Reduzierung des vorgeschriebenen Anfangskapitals für Investment-Fonds

**2008 geplant**

#### Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen

- steuerliche Förderung von Wagniskapitalgesellschaften bei der Beteiligung an Unternehmen

**2008 geplant**

#### Risikobegrenzungs-gesetz

- erhöhte Transparenz bei Kapitalbeteiligungen von Finanzinvestoren

Quellen: Bundesministerium für Finanzen, Bundesgesetzblatt, IHK Köln; Zusammenstellung IMK 2008 © Hans-Böckler-Stiftung 2008

In den USA haben steigende Aktienkurse und später steigende Immobilienpreise dazu beigetragen, dass sich der Privatkonsum zu einer Stütze der Wirtschaft entwickelt hat. Die US-Bürger fühlen sich reicher und sind daher bereit, mehr zu konsumieren und sich hierfür zu verschulden. Die Sparquote – insbesondere der reichen Haushalte – geht entsprechend zurück. Die Risiken dieser Entwicklung veranschaulicht die Krise auf dem Markt für zweitklassige Immobilienkredite: Nachdem sich zunehmend auch ärmere Haushalte immer weiter verschulden konnten, führen sinkende Vermögenswerte zu gravierenden finanziellen Problemen – für die US-Bürger und die kreditgebenden Finanzdienstleister.

Die Deutschen haben ihre steigenden Kapitaleinkünfte lieber weiter auf die hohe Kante gelegt. „Insbesondere die Sparquote der einkommensstärksten und vermögenden Haushalte weist ein deutlich höheres Niveau auf als in den USA“, so die IMK-Forscher. Hierzulande verunsichern die Arbeitsmarkt- und Rentenreformen die privaten Haushalte. Die Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen schmälert zudem die Konsumneigung.

Die schwache Binnennachfrage ging in Deutschland mit hohen Exportüberschüssen und so mit Kapitalexporten an das Ausland einher: „Während in Deutschland die Anlagemöglichkeiten angesichts der binnenwirtschaftlichen Wachstumsschwäche begrenzt waren, boten sich in Ländern mit kräftigerer Binnennachfrage und noch stärker differenzierten Finanzmärkten wie den USA eine Vielzahl scheinbar lukrativer Anlageoptionen“, so die Autoren. Das erkläre auch die massive Beteiligung deutscher Banken an der Finanzierung von US-Hypothekenkrediten in jüngster Zeit. Die Forscher befürchten eine verstärkte Gefährdung der Finanzmarktentwicklung Deutschlands durch Finanzkrisen im Ausland. Um die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen zu fördern, schlagen sie vor:

- ▶ **Stärkere Beschränkung von Aktienrückkäufen.** Diese seien besonders dann ein Problem, wenn Manager über Rückkäufe den Wert von Aktienoptionen nach oben treiben könnten.
- ▶ **Koppelung der Aktionärsrechte an die Haltedauer ihrer Aktien.** Denn wenn Aktionäre erst ab einer bestimmten Haltedauer Mitspracherechte erhielten, hätten sie ein stärkeres Interesse an der langfristigen Unternehmensentwicklung.
- ▶ **Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer und einer angemessenen Steuer auf Veräußerungsgewinne bei Kapitalgesellschaften.** Auch diese könnten die Kurzfristorientierung von Management und Kapitalgebern dämpfen.
- ▶ **Schärfere Vorschriften für die Eigenkapitalunterlegung von Banken, Hinterlegung von Mindestreserven auf Finanzaktiva bei der Zentralbank für alle Unternehmen der Finanzbranche.** Letztere könnten so gestaltet werden, dass sie spekulative Übertreibungen verhindern helfen; zum Beispiel über hohe Reservesätze auf Immobilienkredite dann, wenn eine Immobilienpreisblase droht.
- ▶ **Stärkere Regulierung von Private-Equity- und Hedge-Fonds.** Auch nicht börsennotierte Unternehmen laufen Gefahr, von diesen Fonds übernommen zu werden. Das verstärkt bei den potenziellen Übernahmekandidaten den Anreiz, kurzfristige Renditeziele über langfristige Investitionsnotwendigkeiten zu stellen. ◀

\* Quelle: Eckhard Hein, Till van Treeck: Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshemmnis?, IMK Report Nr. 26 Januar 2008  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Der Osten holt auf

Von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügen 20 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Gut die Hälfte davon hat die untere Lohngrenze zum Jahresbeginn angehoben.

In 12 von 20 EU-Staaten sind die gesetzlichen Mindestlöhne zum 1. Januar 2008 erneut erhöht worden. Nachdem Großbritannien, Frankreich und Irland die niedrigsten erlaubten Stundenlöhne bereits im letzten Sommer oder Herbst aufgestockt hatten, haben zum Jahreswechsel die meisten mittel- und osteuropäischen Länder, Malta, Spanien und Portugal sowie Belgien und die Niederlande ihr gesetzliches Minimum nach oben angepasst.

In den westeuropäischen Euro-Ländern liegen die Mindestlöhne jetzt deutlich über acht Euro. Im Vergleich zum Januar 2007 stiegen sie zwischen gut zwei Prozent in Frankreich und mehr als vier Prozent in Irland. Auch in Großbritannien wurde die Lohnuntergrenze im Jahresverlauf deutlich heraufgesetzt – um 3,2 Prozent von 5,35 Pfund auf 5,52 Pfund. „Der Wechselkurs der britischen Währung ist im Verhältnis zum Euro in den vergangenen Monaten massiv gesunken. So verwandelt sich der reale Zuwachs bei der Umrechnung in einen scheinbaren Rückgang auf wieder unter acht Euro“, sagt Thorsten Schulten, Tarifexperte im WSI. In Luxemburg, das den höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU hat, änderte sich im Jahresverlauf nichts. Hier ist die nächste Erhöhung aber für März 2008 geplant.

Mit Blick auf die absolute Höhe der Mindestlöhne lassen sich neben den westeuropäischen Ländern zwei weitere Gruppen unterscheiden: In Südeuropa liegen die untersten erlaubten Stundenlöhne nun zwischen 2,55 Euro und 3,80 Euro. In Spanien, Portugal und Griechenland stiegen die Mindestlöhne im Jahresvergleich um jeweils mehr als fünf Prozent, der Mindestlohn in Malta wurde um gut zwei Prozent erhöht.

In den mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Lohnuntergrenzen absolut am niedrigsten. Allerdings holen die meisten dieser Länder langsam, aber kontinuierlich auf. So wurden die Mindestlöhne in Polen, Bulgarien und Rumänien sowie in den baltischen Staaten im Jahresvergleich um 20 bis 33 Prozent angehoben. In der Slowakei, Ungarn und Slowenien liegt die Steigerungsrate zwischen gut drei und fast sieben Prozent, lediglich in Tschechien gab es keine Anhebung. „Der Realwert des Mindestlohns ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern deutlich gestiegen. Das dokumentiert den anhaltenden wirtschaftlichen Aufholprozess der Region“, sagt Tarifexperte Schulten. „Die weite Verbreitung

## Weit verbreitet, oft angepasst: Mindestlöhne in Europa

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne in der EU		Änderung 2007/08
Luxemburg	9,08€	→ ±0%
Irland	8,65€	↗ +4,2%
Frankreich	8,44€	↗ +2,1%
Niederlande	8,19€	↗ +2,6%
Belgien	8,15€	↗ +2,7%
Deutschland	DGB-Forderung 7,50€	
Großbritannien	7,39€*	↗ +3,2%
Griechenland	3,80€	↗ +5,1%
Spanien	3,59€	↗ +5,1%
Malta	3,55€	↗ +2,2%
Slowenien	3,12€	↗ +3,3%
Portugal	2,55€	↗ +5,7%
Tschechien	1,87€	→ ±0%
Polen	1,81€	↗ +20,3%
Estland	1,61€	↗ +20,8%
Ungarn	1,57€	↗ +5,3%
Slowakei	1,46€	↗ +6,6%
Litauen	1,34€	↗ +33,3%
Lettland	1,34€	↗ +33,3%
Rumänien	0,80€	↗ +28,2%
Bulgarien	0,65€	↗ +22,2%

\*Im Sommer 2007 lag der britische Mindestlohn noch deutlich über 8 Euro. Im aktuellen Wert kommt die starke Abwertung des Pfundes gegenüber dem Euro zum Ausdruck. Mindestlöhne werden für Stunden oder Monate festgelegt. Die Umrechnung orientiert sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern auf Basis des Wechselkurses vom 10.1.2008; Vergleich der Mindestlöhne jeweils zum 1.1.2007 und 2008, berechnet auf Grundlage nationaler Währungen. Quelle: WSI Mindestlohndatenbank 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

und die regelmäßigen Erhöhungen zeigen, dass Mindestlöhne in der großen Mehrheit der europäischen Staaten als Erfolgsmodell gesehen werden.“

\*Quelle: Thorsten Schulten ist Mindestlohnexperte im WSI  
 Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

### Kurz gemeldet

**TARIFBILANZ 2007:** Die deutsche Tarifentwicklung verläuft weiter gespalten. Während die Tarife in exportorientierten Branchen 2007 erneut stärker stiegen als die Verbraucherpreise, blieben die Zuwächse in binnenmarkt-

hängigen Bereichen zum Teil weit darunter, so das WSI-Tarifarchiv. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wuchsen die tariflichen Grundvergütungen der Beschäftigten jahresbezogen um 2,2 Prozent. Deut-

lich schlechter entwickelten sich die effektiven Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer: Sie stiegen nominal nur um 1,3 Prozent, real sanken sie 2007 um fast 1 Prozent – der vierte Reallohnverlust in Folge. Angesichts von weltwirt-

schaftlichen Risiken müsse die private Binnennachfrage die Konjunktur stützen, sagt WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. „Voraussetzung dafür sind steigende Reallöhne.“

Quelle: Tarifpolitische Jahresbilanz des WSI, Januar 2007

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Entlassungen für höhere Profite: Die Mehrheit findet das ungerecht

Wenn es um die Sicherheit von Arbeitsplätzen oder Löhnen geht, besteht in Deutschland nach wie vor ein Grundkonsens: Entlassungen und Gehaltskürzungen werden überwiegend als ungerecht empfunden. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage.\*

Jahrelang haben deutsche Großunternehmen ihre Gewinne immer weiter steigern können, vielfach auf Kosten der Arbeitnehmer. 2004 haben beispielsweise die 30 größten Konzerne ihre Erträge verdoppelt – und zeitgleich in Deutschland knapp 35.000 Stellen abgebaut. Den Gerechtigkeitsvorstellungen der meisten Bundesbürger entspricht dies nicht, so ein Kernergebnis des Projekts „Arbeit und Fairness“. Forscher der Universitäten Jena und Hannover und des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung interviewten 3.000 Personen, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Sie fragten, unter welchen Bedingungen diese Entlassungen und Lohnkürzungen als gerecht oder ungerecht empfunden.

Das Ergebnis ist eine klare Absage an die Verfechter des von Arbeitsmarktforschern so betitelten „neuen Arbeitsvertrags“. Dieser zeichnet sich durch individuelle Eigenverantwortung für den Erhalt und Aufbau von Beschäftigungsfähigkeit in einer unsicheren Arbeitswelt aus. Beide Seiten können ihn jederzeit kündigen, wenn es einer Partei zum Vorteil gereicht. Dieses Modell findet in der Bevölkerung jedoch kaum Resonanz.

Die Mehrheit hat eine andere Vorstellung von Gerechtigkeit in der Arbeitswelt. Ihr liegt der so genannte „alte Arbeitsvertrag“ zugrunde: Dieser ist durch Arbeitsplatzsicherheit, interne Aufstiege, Spezialisierung und Loyalität gekennzeichnet. Die Beschäftigten schätzen gegenseitige Verlässlichkeit. Sie bringen ihre Arbeitskraft und Motivation ein und erwarten im Gegenzug, dass der Arbeitgeber ihnen nicht nur Löhne zahlt, sondern sie auch vor Marktrisiken wie dem Verlust des Arbeitsplatzes schützt.

Da in einem Arbeitsvertrag die jeweilige Leistung nicht in allen Einzelheiten schriftlich – explizit – festgelegt werden kann, spricht man auch von impliziten oder psychologischen Verträgen. Diese sind stark von gegenseitiger Abhängigkeit geprägt: Fühlen sich Beschäftigte von Vorgesetzten fair behandelt, reagieren sie positiv mit hoher Arbeitsleistung. Bricht der Arbeitgeber aber den impliziten Vertrag, etwa durch eine Kündigung oder Lohnkürzung, muss er mit negativen Reaktionen rechnen. Dies zeigen auch die Umfrageergebnisse. Entlassungen und Lohnkürzungen würden in der deutschen Bevölkerung umso eher akzeptiert, „je stärker sie Reziprozitäts- und Gerechtigkeitsgesichtspunkte berücksichtigen“, heißt es in der Studie. Entlassungen gelten dann als gerechter,

- ▶ wenn sie mit Abfindungen und professioneller Hilfe bei der beruflichen Neuorientierung verknüpft sind;
- ▶ wenn das Management sich erkennbar bemüht hat, andere Optionen auszuschöpfen, um Kündigungen zu vermeiden;
- ▶ wenn die Ursache für Kündigungen etwa in einem Absatzeinbruch liegt, also außerhalb des Unternehmens;
- ▶ wenn das Management auf eine Erfolgsprämie verzichtet;

## Kündigung: Kopfprämien für Management provozieren

Die Entlassung langjähriger hochqualifizierter Mitarbeiter nach...

...Einführung einer neuen Produktionstechnologie mit

**Zahlung einer Erfolgsprämie für erfolgreiche Kostensenkung an das Management**

beurteilen als **ungerecht 87,6%** **gerecht 12,4%**

...allgemeinem Absatzeinbruch mit

**Zahlung von Abfindungen und Hilfe zur beruflichen Neuorientierung für die Mitarbeiter**

beurteilen als **ungerecht 35,2%** **gerecht 64,8%**

Befragung von 267 bzw. 339 Arbeitnehmern 2004, sehr und eher ungerecht/gerecht zusammengezogen  
Quelle: Struck, Stephan u.a. 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

- ▶ wenn die Belegschaft, etwa über den Betriebsrat, in den Entscheidungsprozess eingeschaltet ist.
- Wie Gerechtigkeit wahrgenommen wird, hängt aber auch von individuellen und betrieblichen Faktoren ab. Die Umfrage zeigt drei wichtige Zusammenhänge auf:

- ▶ Gewerkschaftsmitglieder sind deutlich weniger als andere Befragte bereit, Entlassungen zu akzeptieren.
- ▶ Kündigungen und Lohnkürzungen stoßen in kleineren Firmen eher auf Akzeptanz als in größeren Unternehmen.
- ▶ Wer seine eigenen Beschäftigungschancen als günstig einschätzt, nimmt Entlassungen umso eher als gerecht wahr.

Der Bruch eines psychologischen Arbeitsvertrags wirkt sich aber nicht nur auf die direkt Betroffenen aus, sondern auch auf die diejenigen, die im Betrieb bleiben. „Wenn Entlassungen und Lohnsenkungen vermeidbar sind sowie soziale und Verfahrenskriterien verletzt werden, dann verschlechtern sich Kooperation und Arbeitsmotivation und die Bereitschaft zur Eigenkündigung nimmt zu“, schreiben die Autoren. Eine weitere interessante Erkenntnis der Studie: Allein mit der Existenz der Vorschriften zum Kündigungsschutz verknüpfen sich Gerechtigkeitserwartungen: Das Gesetz „wirkt wie ein staatliches Fairnessversprechen“. ◀

\* Quelle: Olaf Struck, Gesine Stephan u.a.: Arbeit und Gerechtigkeit – Entlassungen und Lohnkürzungen im Urteil der Bevölkerung, VS Verlag, Wiesbaden 2006

Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/7778-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)  
**Chefredaktion:** Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter  
 E-Mail [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de); Telefon 02 11/7778-286, Fax 02 11/7778-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

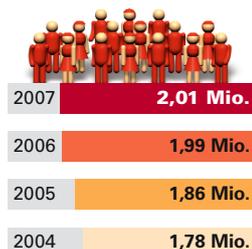
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf  
 Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67528

## TrendTableau

### ARBEITSMARKT

#### Zweitjobs nehmen zu

Einen Minijob neben ihrem Hauptberuf hatten ...

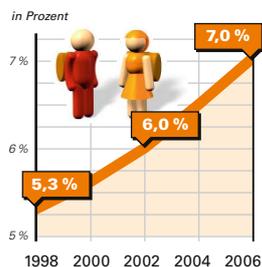


jeweils Oktober  
 Bundesagentur für Arbeit 2007

### BILDUNG

#### Privatschulen haben Zulauf

Anteil der Schüler an Privatschulen

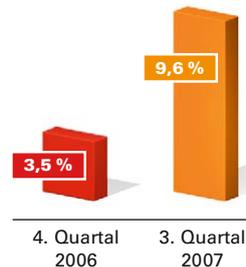


Statistisches Bundesamt 2007

### GENDER

#### Väter werden aktiver

So viele Elterngeldanträge wurden von Männern gestellt

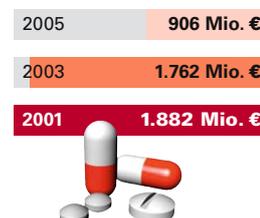


BMFSFJ, Dezember 2007

### GESUNDHEIT

#### Weniger umstrittene Pillen verschrieben

Umsatz verordneter Arzneimittel ohne nachgewiesene Wirkung



GBE-Bund, Stand Januar 2008

### EINKOMMEN

#### Hartz IV: Mehr Verlierer als Gewinner

Das Haushaltseinkommen\* ist nach der Hartz-IV-Reform

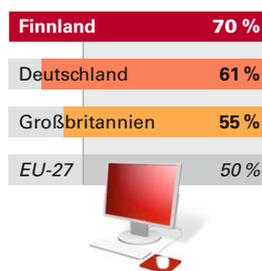


\*ehemaliger Sozial- oder Arbeitslosenhilfehaushalte im Hartz-IV-Bezug  
 DIW Berlin, Dezember 2007

### ARBEITSWELT

#### Ohne Computer geht's meist nicht

Anteil der Beschäftigten, die am PC arbeiten\*



\*mindestens einmal wöchentlich  
 Bitkom 2008

### MITBESTIMMUNG

#### Mehr Geld mit Betriebsrat

Durchschnittliches Lohnplus in Betrieben mit Vertretung:



Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung 2007

### ZUFRIEDENHEIT

#### Enttäuscht vom Aufschwung

„Ich profitiere persönlich vom Wirtschaftsaufschwung“, sagten ...



Infratest Dimap für ARD, Dezember 2007

► **STANDORT:** Standortverlagerungen gehören zum betrieblichen Alltag. Die Zahl der Unternehmen, die Betriebe schließen und an anderer Stelle wieder eröffnen, ist in den letzten Jahren aber unverändert geblieben. Das zeigt die WSI-Betriebsrätebefragung 2007. Demnach mussten sich gut 16 Prozent aller Betriebsräte in der Vergangenheit mit dem Thema

Standortverlagerung befassen. Entgegen verbreiteter Vorstellungen ziehen Standortdiskussionen nicht immer Verlagerungen in Niedriglohnländer nach sich: Ein Fünftel der angedrohten Verlagerungen wird am Ende überhaupt nicht umgesetzt. Und über zwei Drittel der Standortverlagerungen vollziehen sich innerhalb der Bundesrepublik. Verlagerungen

ins Ausland kommen bei Betrieben mit ausländischen Muttergesellschaften etwas häufiger vor als bei deutschen Unternehmen. Diese Ergebnisse beruhen auf einer Befragung von rund 2.000 Arbeitnehmervertretern. Sie sind laut WSI repräsentativ für alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten. Handlungsbedarf sieht das WSI bei der betrieblichen

Förderpolitik in Deutschland und Europa: Zwar sei es auch derzeit nicht zulässig, eine reine Standortverlagerung zu subventionieren. Trotzdem seien weitere Verschärfungen sinnvoll – zum Beispiel das Einfordern von längeren Arbeitsplatzgarantien. Zudem sollten alle Subventionen an Unternehmen offengelegt werden, rät das WSI.  
 WSI, Januar 2008

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 6. Februar

bestellen unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)